

Hauptkurs: „Kleine Demokratien“  
Dozent: PD Dr. Nils Bandelow  
Datum: 14.07.04  
Protokoll: Jimena Salloch  
Matrikel-Nr.: 1405837

### **Thema: Ist Albanien eine Verhandlungsdemokratie?**

Zu Beginn der Stunde wiederholten wir nochmals die Bedeutung des Begriffes Effektivität/Effizienz:

Effektivität beinhaltet den Grad der Zielerreichung (z.B. weniger Arbeitslose).

Effizienz bezeichnet das Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg.

Beispiel: Ist ein Gesundheitswesen zwar gut, aber kostenaufwendig, so kann hier zwar von einem effektiven, aber nicht von einem effizienten Gesundheitswesen gesprochen werden.

Spricht man von Kosten müssen nicht immer die monetären Kosten gemeint sein, auch der Aufwand ist ein Indikator für Kosten.

Des weiteren diskutierten wir, ob Lijpharts Kriterien zur Messung von Konsensuselementen politischer Systeme auch auf Länder wie Estland (Wiederholung) oder Albanien übertragbar sind:

Kleine Demokratien verfügen tendenziell über verhandlungsdemokratische Elemente. Doch geht diese Theorie auch für osteuropäische Länder wie Estland auf?

Zwar hat Estland nach wie vor mit Minderheitenproblemen zu kämpfen, doch mittlerweile ist das politische System im Balkanstaat relativ stabil und somit eher verhandlungsdemokratisch. Allerdings ist zu beachten, dass die verhandlungsdemokratischen Elemente von außen aufgezwungen sind und über oberflächliche Proforma - Rechte verfügen. Daher kann gleichzeitig von einer Mehrheitsdemokratie ausgegangen werden.

Nach Arend Lijphart ist u.a. die kurze Existenz der Kabinette eines Landes ein Kriterium für Verhandlungsdemokratie. Zwar sind diese ebenfalls bei osteuropäischen Ländern zu beobachten, doch hier gibt es de facto keine Regierungswechsel. Somit weicht die Statistik ab.

In punkto Wahlrecht haben Länder wie Estland einen Hang zum Verhältniswahlrecht, doch findet statistisch gesehen eher ein Mehrheitswahlrecht statt, was somit für eine Mehrheitsdemokratie sprechen würde.

Verhandlungsdemokratische Elemente in osteuropäischen Staaten entstehen oftmals durch äußeren Druck.

*Macht es somit überhaupt Sinn, die zweidimensionale Typologie Lijpharts der Mehrheits- und Konsensdemokratie auf osteuropäische Länder anzuwenden?*

- Lijpharts Theorien auf Transformationsländer zu übertragen ist eher problematisch, da diese für etablierte Westdemokratien konzipiert wurden.

#### *Einleitung Albanien:*

Politisches System:

- Parlament wird auf 4 Jahre gewählt
- Präsident wird auf 5 Jahre gewählt
- Regierung ist vom Parlament abhängig

- Staatspräsident wird mit 3/5 Mehrheit gewählt
- 2 große Parteien: PDSH und PSSH
- schwache Gewerkschaften
- kein Föderalstaat

In Albanien setzte der Systemwechsel erst 1990 ein. Seit 1991 verfügt Albanien über eine parlamentarische Demokratie samt Gewaltenteilung, doch entsprechend seiner instabilen Entwicklung bekam das Land 1998 bereits die zwölfte Verfassungsurkunde seit 1912. Die letzte Verfassung wurde mit 93,5% angenommen, die Wahlbeteiligung war jedoch gering. Das Parlament tagt öffentlich, nicht öffentliche Versammlungen müssen angekündigt werden.

Regierungen haben in Albanien stets nur dann funktioniert, wenn eine der beiden großen Parteien (PDHS und PSSH) regierten. Auf die übrigen Parteien entfallen lediglich 2 bis 5% der Wähler. Albaner neigen zur Polarisierung, es existieren stabile große Mehrheiten. Die Verbände haben wenig Einfluss. Die Zahl der Interessensverbände und Gewerkschaften ist hier sehr rückläufig. Die Macht liegt letztlich bei den Eliten. Die hohe Kriminalitätsrate, insbesondere das Problem der „Blutrache“, die zwar verfassungsmäßig nicht erlaubt, aber trotzdem usus ist, stellt ein großes Problem dar. Die Justiz Albanien wird stark von der Exekutive kontrolliert. Die Vergangenheit zeigt, dass die Traditionen des Landes stets sehr undemokratisch waren. Auch wenn Albanien seit 1912 unabhängig war, galt diese Unabhängigkeit international nur für einen Teil des albanischen Kernsiedlungsgebietes. Rund die Hälfte wurde von den Grenzstaaten Serbien und Griechenland sowie von Mazedonien besetzt. Ende 1924 begann bis zum Jahre 1991 eine Kette autoritärer bzw. diktatorischer Regime. 1941 wurde die Kommunistische Partei Albanien gegründet, deren Führung der Diktator Enver Hoxha übernahm. Hoxha band sich zunächst an Russland (Stalin) und Jugoslawien (Tito), dann an China. 1978 isolierte sich Albanien komplett von allen Ländern und wurde autark. Altlasten der kommunistischen Ära, wie regionalistische und stark familiäre Strukturen, extrem technologische Rückständigkeit, niedriger Lebensstandard sowie der ungebremste Bevölkerungszuwachs (1999: 18,8 Geburten auf 1000 Einwohner), prägten das Land. Während der südliche Teil Albanien eher konservativ ist, hat der nördliche Teil Albanien mit seiner Hauptstadt Tirana einen Sonderstatus (ähnlich Wallonien oder Flandern in Belgien). Das Land kann gewissermaßen in zwei Mafiaklans unterteilt werden. Im Süden regiert der Hoxha-Clan, im Norden der Berisha-Clan.

Die Gewaltbereitschaft (Blutrache) ist nach wie vor akzeptierter Teil der Gesellschaft. Hier gilt das Prinzip: Verhandeln oder töten. Dass die Blutrache zwar verfassungsgemäß nicht erlaubt, doch trotzdem praktiziert wird ist ein Zeichen dafür, dass die Verfassung nicht funktioniert.

Ist Albanien eine Verhandlungsdemokratie?

Der Haushalt weist starke Defizite auf. 1999 übertrafen die Ausgaben die faktischen Einnahmen um 66,6%. Das Defizit wurde u.a. durch Auslandskredite gedeckt. Daher ist Albanien vom Westen abhängig, ausländisches Kapital wird dringend benötigt. Somit ist man gezwungen sich an den Westen anzulehnen.

Durchaus weist das Land auch verhandlungsdemokratische Elemente auf. Wie bereits erwähnt ist der Minderheitenschutz verfassungsgemäß gesichert. Allerdings machen die Minderheiten hier lediglich 5% der Bevölkerung aus (Griechen und Mazedonier).

Beschlüsse des Parlaments werden mit 3/5 Mehrheit verabschiedet, es gibt die Möglichkeit eines Referendums.

*Macht es somit überhaupt Sinn, die zweidimensionale Typologie Lijpharts der Mehrheits- und Konsensusdemokratie auf Albanien anzuwenden?*

Wie bereits erwähnt, ist die kurze Existenz von Kabinetten ein Kriterium für eine Konsensusdemokratie. Zwar trifft dieser Punkt auf Albanien zu, doch die Parteien bleiben stets die gleichen. Albanien verfügt über ein Arbeitsparlament. Traditionell verteilen die großen Parteien wichtige Ressorts auf kleine Parteien. Somit haben kleine Parteien eine

Teilhabe an der Regierungsmacht. Allerdings ist die Gefahr, im Kabinett und im Parlament bevormundet zu werden und Verantwortung für nicht gewollte Beschlüsse zu tragen sehr hoch.

Bei einem Regierung- oder Ministerwechsel muss sich die Regierung komplett neu bestätigen lassen. Auch dieser Faktor spricht für verhandlungsdemokratische Strukturen. Insgesamt betrachtet sind verhandlungsdemokratische Züge zu erkennen, doch über eine Konsensusdemokratie verfügt Albanien nicht.